

**Unia Zentralsekretariat
Präsidialsekretariat**

Weltpoststrasse 20
CH-3000 Bern 16
T +41 31 350 21 11
F +41 31 350 22 11
<http://www.unia.ch>



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

**Frieden, Freiheit, Solidarität
Schutz der sozialen Rechte. Jetzt erst recht: internationale Solidarität!**

**Rede zum 1. Mai 2022 in Interlaken
Vania Alleva, Präsidentin Unia, Vize-Präsidentin Schweizerischer Gewerkschaftsbund**

Liebe Kolleg:innen

Es ist das dritte Jahr in Folge, dass ich die Einladung für den 1. Mai in Interlaken bekommen habe. Die erste Einladung war fürs 2020. Ich bin ausserordentlich froh, dass es dieses Jahr möglich geworden ist und dass wir uns hier alle zusammen physisch treffen können.

Wir haben ausserordentliche Krisenjahre durchlebt, wir durchleben ausserordentliche Krisenjahre.

Der Tag der Arbeit war und ist immer auch ein Tag der internationalen Solidarität. Dieses Jahr steht er unter dem Titel «Frieden, Freiheit, Solidarität». Das sind nicht nur Worte, das sind Grundwerte, die zu unserer Gewerkschaftsbewegung gehören. Für diese Grundwerte stehen wir entschieden ein.

Angesichts von Putins Überfall auf die Ukraine stehen diese Grundwerte auf dem Prüfstand. Über die Frage der Kriegsschuld will ich dabei gar nicht viele Worte verlieren. Sie ist einfach zu eindeutig. Für diesen imperialistischen Angriffskrieg eines totalitären Regimes gegen ein souveränes Land gibt es keine Rechtfertigung. Die Ukraine hat jedes Recht, sich zu verteidigen. Darum kann ich auch als überzeugte Antimilitaristin jene linken Stimmen verstehen, die jetzt Waffenlieferungen verlangen.

Trotzdem bin ich sicher, dass der Weg der Solidarität nicht über Waffen führt. Solidarität heisst, dass wir alles tun müssen, um diesen Krieg zu stoppen. Bevor in einem monate- oder sogar jahrelangen Stellvertreterkrieg immer noch mehr Menschen sterben und die Ukraine schliesslich ganz zerstört wird.

Uno-Generalsekretär Guterres versucht verzweifelt, die Resolution der Uno-Generalversammlung vom 2. März, die einen Waffenstillstand, Truppenrückzug und Verhandlungen fordert, wirksam zu machen. Er braucht dringend politische Unterstützung. Der Bundesrat kann und muss vielmehr dafür tun.

Zweitens müssen wir die Finanzierung von Putins Kriegsmaschinerie sofort stoppen. Die Sanktionen können nur greifen, wenn sie durchgesetzt werden. Es ist ein Skandal, dass die Schweiz nicht aktiver nach den 200 Milliarden sucht, die Oligarchen auch aus Putins Umfeld hier verstecken. Und soll der Löwenanteil des russischen Petro- und Rohstoffgeschäftes weiter unkontrolliert über Strohmannen in Zug und Genf abgewickelt werden dürfen? Das geht doch nicht!

Überhaupt das Öl: Die EU-Länder haben ihre Zahlungen für Öl- und Erdgaseinkäufe in Russland in den ersten zwei Kriegsmonaten verdoppelt. Das ist absurd. Auch die Schweiz hat letztes Jahr 43% des Erdgases aus Russland bezogen. Das muss aufhören. Nebst einem Waffenstillstand, Verhandlungen und dann Wiederaufbau für die Ukraine braucht es jetzt dringend einen internationalen Marshallplan für einen raschen Ausstieg aus der Ölabhängigkeit – und die Schweiz muss dazu einen aktiven Beitrag leisten.

Schliesslich muss unsere Solidarität – hier und jetzt – den Opfern des Krieges gelten. Die Unia leistet einen praktischen Solidaritätsbeitrag:

- mit Hilfslieferungen an unsere Gewerkschaftskollegen in der Ukraine für die Flüchtlingsbetreuung vor Ort;
- indem wir hier Wohnungen zur Verfügung stellen;
- und indem wir hier selbstverständlich auch ukrainische Arbeitnehmende gegen Diskriminierung und Ausbeutung im Arbeitsmarkt schützen.

Politisch setzen wir uns dafür ein, dass die Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge auch aus anderen kriegsgeplagten Ländern wie Syrien und Eritrea endlich aufhört.

Frieden ist die Voraussetzung für ein Leben in Würde. Ich habe keinen Generalplan, um die Kriege in der Ukraine oder anderswo zu beenden. Aber ich bin sicher, dass uns Militarismus, Aufrüstung, Abschreckung und Eiserner Vorhänge dem Frieden nicht näherbringen.

Stattdessen müssen wir die Kräfte für mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie Menschenrechte stärken – bei uns und überall. Nur mit einer internationalen Politik der Solidarität haben wir eine Chance die massiven Krisen zu überwinden, die unsere Welt erschüttern. Das gilt für wirtschaftliche Einbrüche ebenso wie für Kriege und Pandemien bis hin zur Umweltzerstörung.

Diese globalen Krisen haben dazu geführt, dass die Reichen immer noch reicher geworden sind, aber die weniger Begüterten und die Armen verletzlicher. Auch in der Schweiz stagnieren die Löhne und die Renten sinken. Die Pandemie hat die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen weiter beschleunigt.

Dabei sind soziale Verbesserungen möglich. Den Schweizer Unternehmen geht es in der Mehrheit der Branchen bestens, sie kommen den Aufträgen kaum hinterher. Viele Arbeitnehmende spüren davon allerdings nichts. Im Gegenteil: starke Preissteigerungen schwächen ihre Kaufkraft und zudem steht bei den Krankenkassen mit einer voraussichtlichen Erhöhung von 10% ein regelrechter Prämienschock bevor. Der SGB hat berechnet was das für eine 4-köpfige Familie ausmachen wird: Familien verlieren über 3000 Franken. Kommt dazu, dass in den letzten Jahren bei den Tiefelöhnen kaum eine Lohnentwicklung stattgefunden hat. Der Handlungsbedarf bei den Löhnen ist also dringend. Auch der Bundesrat ist bei den Prämien dringend gefragt.

Wie schwierig die Situation für viele Menschen in der Schweiz ist, erfahre ich oft. Gerade letzte Woche haben mir bei einer Versammlung Kolleginnen aus dem Gastgewerbe erzählt, wie schwierig für sie die Lage ist. Zwei Jahre waren sie mit Unterbeschäftigung, Kurzarbeit und Lohneinbussen konfrontiert. Und jetzt da Corona praktisch vorbei sei, hat sich der Stress verdoppelt. Es sei ein toller, aber sehr anstrengender Beruf, der Stress hat sich aber aufgrund des Personalmangels massiv verschärft. Viele Kolleginnen mussten sich in den letzten Jahren gezwungenermassen umorientieren und haben die Branche verlassen. Neues Personal sei schwierig zu finden, weil die Berufe oftmals lange Präsenzzeiten, flexible Arbeitszeiten und körperliche Anstrengung erfordern. Das alles bei einer unterdurchschnittlichen Bezahlung. Das muss sich ändern!

Soziale Verbesserungen sind möglich, aber sie werden uns nicht geschenkt. Im Gegenteil. Im Schatten der Krisen drohen die Abzocker die sozialen Gräben weiter zu vertiefen. Das bürgerliche Parlament hat Rentensenkungen beschlossen und gleichzeitig beschliesst das gleiche Parlament weitere Steuergeschenke für die Reichen.

Für sozialen Fortschritt müssen wir kämpfen! Auf dem Bau steht ein grosser Kampf für bessere Arbeitsbedingungen bevor. In vertragslosen Bereichen wie etwa der Pflege kämpfen wir Betrieb für Betrieb für Verbesserungen. Und auf politischer Ebene müssen wir uns gegen die schamlose Bereicherungs- und Abbaupolitik der Bürgerlichen wehren.

Es gibt Lichtblicke: Die Abschaffung der Stempelsteuer wurde vor zwei Monaten von der Bevölkerung und praktisch allen Kantonen abgeschmettert. Auch das Referendum gegen Altersvorsorge 2021 konnten wir mit über 150'000 Unterschriften einreichen. Das sind drei Mal so viel Unterschriften wie nötig. Wir müssen jetzt alles daransetzen, dass wir dieses Referendum gewinnen, denn die Angriffe gehen gleich weiter: bei der zweiten Säule, mit Rentenalter 66/67 für alle. Unsere Antwort ist auch hier: Solidarität, indem wir mit AHVx13 und mit der SNB-Initiative die AHV stärken wollen. Denn wir wissen: Die AHV ist das solidarischste Sozialsystem.

Wir Gewerkschaften sind die Kraft der Solidarität. Unsere Antwort heute am 1. Mai ist: uneingeschränktes Engagement, in der Schweiz und auf internationaler Ebene. Für Frieden, Freiheit und Solidarität.

Uniti siamo forti!